



# Swiss Internet Governance Forum

Swiss IGF 2018

## Messages von Bern

20. November 2018

### Plenum 1: Digitale Demokratie – mehr als nur E-Voting!

Um das Vertrauen in die digitale Demokratie zu stärken, braucht es Transparenz, die in allen Bereichen – von der Technologie bis zu den politischen Prozessen – gewährleistet sein muss. Vertrauen ist von zentraler Bedeutung, denn ist dieses einmal zerstört, kann es nicht mehr so einfach wiederhergestellt werden. Die nationalen Behörden sollten durch die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen Vertrauen und Rechtmässigkeit garantieren.

Die Finanzierung und Verantwortung für die Instrumente und Prozesse sind essenziell. Der Bedarf ist gross, doch ist die Finanzierung oft der Stolperstein. Obwohl einige staatliche Akteure eine wichtige Rolle spielen, waren die Teilnehmenden auch der Auffassung, dass der Staat einen subsidiären und befähigenden Ansatz verfolgen und alternative Finanzierungsquellen, einschliesslich Crowdfunding, zulassen sollte, um diese Prozesse zu ermöglichen.

Die digitale Demokratie fördert die Inklusivität und bereichert die direkte und repräsentative Demokratie, da durch sie in kürzester Zeit neue integrative Prozesse eingeführt werden können, beispielsweise durch Cloud-Kampagnen, und die Demokratie durch den Einsatz von IKT verbessert werden kann. So stimmen wir nicht nur über politische Vorlagen ab, sondern jede und jeder kann online einbezogen werden, unabhängig davon, ob sie oder er das Stimmrecht besitzt oder nicht.

Die politische und demografische Vielfalt kann mit digitalen Instrumenten gefördert werden, sodass alle Menschen, auch die Jugendlichen, an den neuen Prozessen der digitalen Demokratie teilnehmen können. Die Roadmap zur Wiederbelebung der politischen Landschaft von unten nach oben soll mit Instrumenten der digitalen Demokratie auf lokaler Ebene beginnen (Gemeinden und Kantone können als politische Labore dienen). Gelingt dieses Vorhaben, kann es bis auf Bundesebene weitergeführt werden.

Gleichzeitig muss jedoch dafür gesorgt werden, dass bestehende Prozesse nicht obsolet werden und zum Beispiel für ältere Menschen weiterhin nutzbar bleiben. Ausserdem sollten neue Instrumente wie Social Media nicht überschätzt werden; die politische Partizipation wird nicht allein durch neue Technologien verbessert. Darüber hinaus bedarf es einer angemessenen politischen Bildung und einer stärkeren Sensibilisierung und Bewusstseinsförderung, z. B. im Umgang mit personenbezogenen Daten.



# Swiss Internet Governance Forum

## **Plenum 2: Digitale Wirtschaft – wie bewältigen wir den Strukturwandel?**

Die Digitalisierung, die durch die Globalisierung verstärkt wird und parallel zur Alterung der Bevölkerung stattfindet, ist ein weiterer Schritt im historischen Prozess des Strukturwandels, in dem auf KI gestützte Vorhersageinstrumente hilfreich sein können.

Ein Aspekt des Strukturwandels ist die Einbeziehung der Konsumentinnen und Konsumenten in den Prozess: d. h. ihr Verhalten im richtigen Tempo zu ändern und die richtigen Anreize zu setzen.

Obwohl weitgehend Einigkeit darüber bestand, dass die Rahmenbedingungen für die Anpassung des Arbeitsmarktes an den Strukturwandel in der Schweiz grundsätzlich zweckmässig sind, bleibt abzuwarten, ob spezifische Anpassungen, unter anderem im Sozialversicherungsrecht, erforderlich sind. Dies wird sich in den anstehenden Gerichtsverfahren, insbesondere in Bezug auf Arbeitsverhältnisse mit weltweit tätigen digitalen Plattformen, zeigen.

Es gab unterschiedliche Meinungen darüber, wie die Schweizer Wirtschaft mit dem Strukturwandel umgeht: Braucht es einen konservativeren oder offeneren Ansatz? Muss sich die Schweiz besser auf einen bevorstehenden «Digitalisierungssunami» vorbereiten?

Neben einem gerechten Sozialversicherungsrahmen und fairen Arbeitsbedingungen wurden digitale Fähigkeiten und eine proaktive Umschulung der Arbeitnehmenden als Schlüssel-massnahmen genannt, um sicherzustellen, dass der Strukturwandel allen zugutekommt und nicht zu sozialen Unruhen oder völliger Ablehnung führt.

Die Teilnehmenden tauschten ihre Erfahrungen mit neuen Lernmodellen aus. Während einige die Fülle der verfügbaren Angebote betonten, hoben andere die mangelnde Klarheit im derzeit verfügbaren Bildungsangebot hervor und bezeichneten die Finanzierung und die Kosten eines solchen Angebots als Zugangsbarrieren für eine Reihe von Arbeitnehmenden, insbesondere für die älteren.



# Swiss Internet Governance Forum

## **Plenum 3: Digitaler Mensch – wie nutze, pflege und schütze ich mein digitales Ich?**

Im Zeitalter der Digitalisierung besitzen Menschen mehrere digitale Identitäten, die zunehmend miteinander verbunden sind. So werden Aktivitäten im Web – bewusst oder unbewusst – nachvollziehbar. Die Teilnehmenden diskutierten über die Anzahl der digitalen Identitäten der Internetnutzenden, die Vorteile und Risiken mehrerer Identitäten und die Möglichkeit, diese Identitäten in einer einzigen zu konsolidieren.

In der Session wurde darüber debattiert, wie ein Gleichgewicht zwischen Transparenz, Selbstbestimmung und Sicherheit geschaffen werden kann, wobei Vertrauen die Grundlage jedes Identitätsmodells ist. Ein Ansatz wäre, Online-Dienste zu meiden, die zu viele personenbezogene Daten erfordern. Ein vollständiger Verzicht sei jedoch auch keine Lösung. Letztendlich ist es an der Gesellschaft als Ganzes, angemessene Lösungen und das richtige Gleichgewicht zu finden. Noch ungeklärt ist hier die brennende Frage, wie die Nutzer in dieser Debatte effektiv befähigt werden können.

Eine Möglichkeit wäre, dass die Userinnen und User mehrere Identitäten in der Online-Welt besitzen und nicht eine einzige Identität für alle Dienste nutzen. Eine verifizierte Identität könnte für bestimmte Dienste verwendet werden, die ein höheres Sicherheitsniveau erfordern. Möglich wäre beispielsweise eine amtlich ausgestellte E-ID für Dienstleistungen von Behörden oder für E-Banking. Für andere Dienste, wie z. B. Social Media, könnten die Nutzenden eine andere Identität schaffen. Die Nutzenden sollten sich bewusst sein, welche Dienste sie mit welcher Identität nutzen möchten und welches Sicherheitsniveau angemessen ist.

Verschiedene Risiken in Bezug zur digitalen Identität wurden behandelt, wie z. B. Identitätsdiebstahl oder der Verlust privater Daten. Das Vertrauen in die Diensteanbieterinnen ist daher für die digitale Identität unerlässlich. Bestenfalls werden neue Dienste mit eingebautem Datenschutz (Privacy by Design) entwickelt. Ob dies die grundlegende Vertrauensfrage beantwortet, ist unklar. In diesem Zusammenhang wurde diskutiert, wie die Staaten und der Privatsektor zusammenarbeiten können und ob der Staat zumindest als Standardanbieter selbst E-Identity-Lösungen anbieten sollte oder das Ausstellen von Identitäten auch an den Privatsektor delegieren können sollte. Schliesslich wurden die Möglichkeiten von Blockchains in diesem Anwendungsbereich erwähnt, wobei keine Einigung darüber herrschte, ob Blockchains an sich eine geeignete Lösung darstellen könnten.



# Swiss Internet Governance Forum

## **Sondersession: Netzsperrern aus technischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Sicht – Mythos, Realität und Entwicklungen**

In dieser kurzen Session wurden die Grenzen und Nachteile von Netzsperrern und -filtern aufgezeigt, insbesondere weil durch Sperren rechtswidrige oder schädliche Inhalte nicht entfernt werden, sondern nur der Zugang zu ihnen verweigert wird. Obwohl es in einigen Fällen – bei Spam und aus Sicherheitsgründen – bereits Sperren und Filter aus Gründen gibt, die von den Nutzenden freiwillig akzeptiert und begrüsst werden, ist es doch etwas anderes, wenn den Nutzenden Sperren und Filter auferlegt werden.

Sperren und Filter haben Begleiterscheinungen wie «Overblocking» und territoriale Fragmentierung und gelten allgemein als wenig wirksam, da diese Massnahmen in einen räumlich unbegrenzten Kontext eingebettet sind und eine Umgehung solcher Massnahmen möglich bleibt.

Weiter wurde betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Anforderungen an die Verhältnismässigkeit und die rechtliche Kohärenz bei solchen Netzsperrern eingehalten werden, insbesondere bei Inhalten, deren Zugang nicht gesetzlich verboten ist und gleichzeitig grundsätzlich durch das Recht der Informationsfreiheit geschützt ist, wie beispielsweise bei urheberrechtlich geschützten literarischen und künstlerischen Werken.

Es gab unterschiedliche Meinungen darüber, welche Rolle der durch das neue Schweizer Online-Glücksspielgesetz geschaffene Präzedenzfall in zukünftigen Gesetzesvorschlägen spielen könnte, wobei die Meinungen darüber, ob die Verwendung von Sperren mit der Bedeutung des verfolgten Ziels gerechtfertigt werden kann, auseinandergingen.

## **Messages von Bern**

*In den «Messages aus Bern» werden die Schwerpunkte der Sessions am Swiss IGF 2018 kurz, prägnant und neutral zusammengefasst. Sie werden dem Global UN Internet Governance Forum (IGF) und dem European Dialogue on Internet Governance (EuroDIG) unterbreitet, damit sie in die Diskussionen in diesen Foren einfließen können.*

*Die Messages von Bern 2018 wurden von unserem Reporting-Team bestehend aus Jorge Cancio, Olivier MJ Crépin-Leblond und Nicolas Rollier verfasst.*